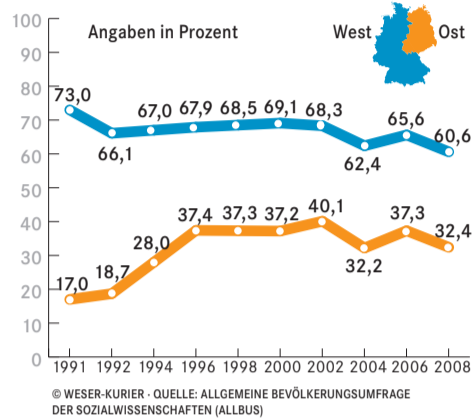


Die Gerechtigkeitslücke

Nach der Einheit war die Stimmung in Ostdeutschland hoffnungsvoll / Seit 1996 macht sich Ernüchterung breit

1 Deutsche, die nach eigenem Empfinden mindestens einen gerechten Anteil am Lebensstandard erhalten



VON HANS-ULRICH BRANDT

Haben wir sie schon, die vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl versprochenen „blühenden Landschaften“? Gibt es zwanzig Jahre nach dem Ende der DDR überhaupt noch Unterschiede zwischen Ost und West? Wie erleben heute Ost- und Westdeutsche das Land?

Keine Frage, die Wiederaufbauleistung ist beeindruckend: Zu bestaunen ist sie überall: in Dresden – beim Anblick der Frauenkirche; in Leipzig – beim Bummel durch die Mädlerpassage; in Stralsund – beim Spaziergang durch die herrlich restaurierte Altstadt. Und doch hat auch die deutsche Einheit bisher nicht vermocht, was das Grundgesetz (Artikel 72 Absatz 2) von Bund und Ländern verlangt, nämlich „die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“.

Seit 1996 herrscht Stillstand

Noch immer gibt es große Unterschiede zwischen West und Ost – zum Beispiel in der Infrastruktur, beim Einkommen und den Erwerbsmöglichkeiten. Im Kampf um die besten Arbeitskräfte hat Ostdeutschland zumeist einen Standortnachteil. Kein Wunder also, dass das Klischee vom hinterhinkenden Osten, von den Ostdeutschen als den „Zurückgebliebenen“, noch lebendig ist.

Und die Menschen? Wie beurteilen sie die Entwicklung? Für den Mannheimer Politologen Thorsten Faas ist es 20 Jahre nach der deutschen Einheit höchste Zeit, der Frage nachzugehen, wie es um die Gerechtigkeit in Deutschland bestellt ist. Haben die Menschen in Ost- und Westdeutschland das Gefühl, dass sie ganz persönlich mit einem gerechten Anteil am Lebensstandard bedacht werden?

Das Ergebnis lautet: Nein. „Das Niveau erlebter Gerechtigkeit im Osten Deutschlands ist weiterhin niedrig, die Lücke zwischen Ost und West dagegen weiterhin groß“. Faas belegt das mit den Ergebnissen aus der sogenannten ALLBUS-Erhebung, die allen Interessenten für Forschung und Lehre zur Verfügung steht. Mit dieser „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ werden seit 1980 in Zwei-Jahres-Abständen aktuelle Daten über Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstruktur der Bevölkerung in Deutschland ermittelt.

Deklarierte Einheit

Dieser repräsentative Querschnitt zeigt (siehe Grafik 1): Im Jahr 1991 hatten nur 17 Prozent der Ostdeutschen und damit nur etwa jeder Sechste das Gefühl, einen gerechten Anteil am Lebensstandard oder sogar mehr zu erhalten. Bei den Westdeutschen dagegen waren es 73 Prozent – also Dreiviertel.

Immerhin: In den ersten Jahren nach der Einheit, zwischen 1991 und 1996, schien sich diese Lücke langsam aber stetig zu ver-

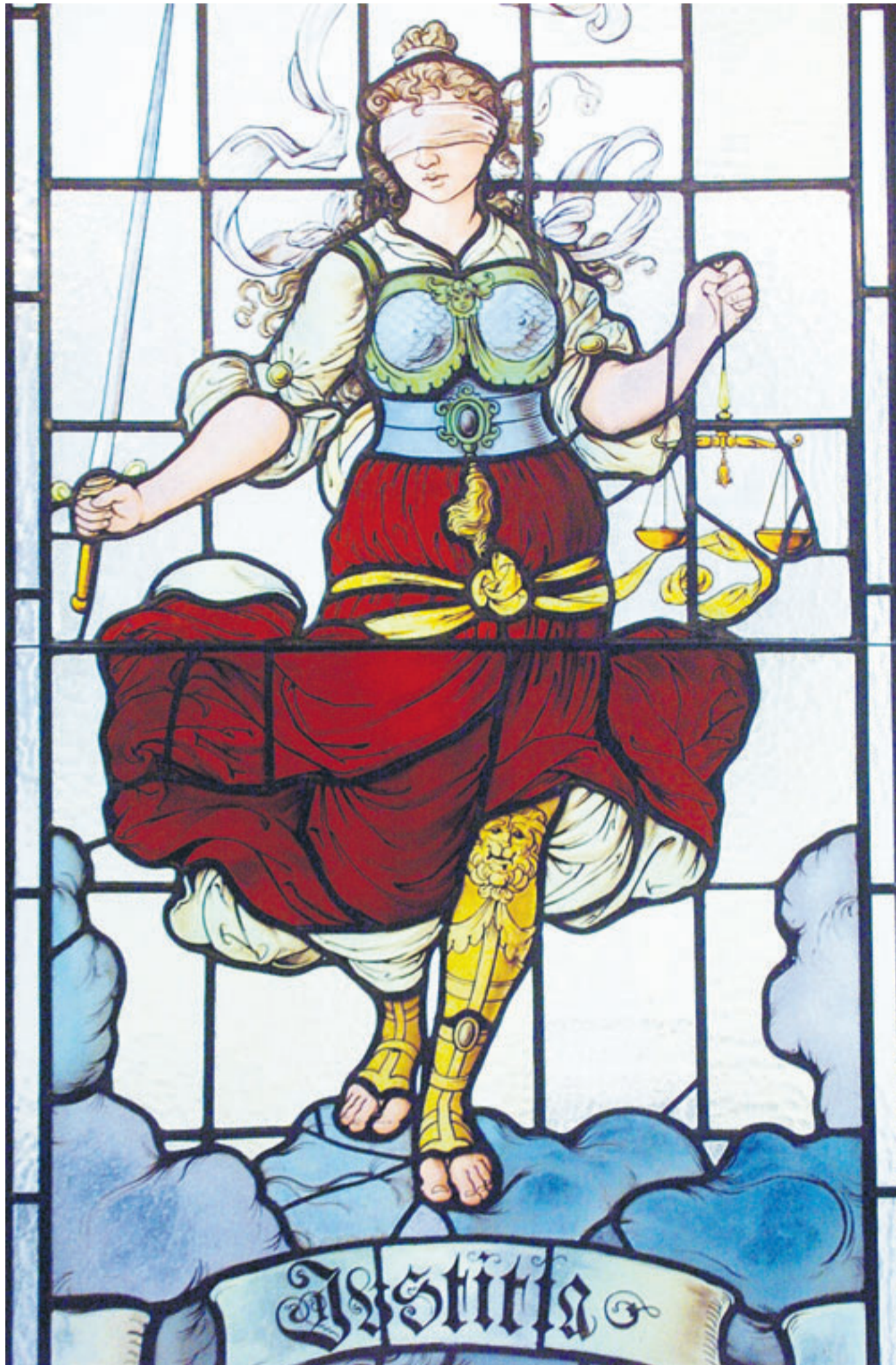
ringern. Doch seit 1996 herrscht quasi Stillstand, der Abstand zwischen Ost und West verringert sich nicht. Faas begründet diese Entwicklung so: „In den Jahren unmittelbar nach der Einheit war die Stimmung in Ostdeutschland noch hoffnungsvoll. Die Menschen haben erwartet, dass sich etwas tut. Doch seit 1996 macht sich Ernüchterung breit, viele Erwartungen wurden enttäuscht. Das wirkt bis heute nach.“ Es klafft eine Gerechtigkeitslücke – jedenfalls

empfinden es die insgesamt 3500 Befragten so (2400 in den alten und 1100 in den neuen Ländern). Vor zwei Jahren waren im Westen etwa 60 Prozent der Meinung, sie erhielten einen gerechten Anteil vom Kuchen. Im Osten waren es gut 32 Prozent und damit nur jeder Dritte. Ein soziales Gefälle spaltet nach wie vor das Land. Und besonders von den Menschen in Ostdeutschland wird dies als ungerecht empfunden, gerade weil sich das Land eigentlich als

Einheit deklariert und sich als Gemeinschaft versteht.

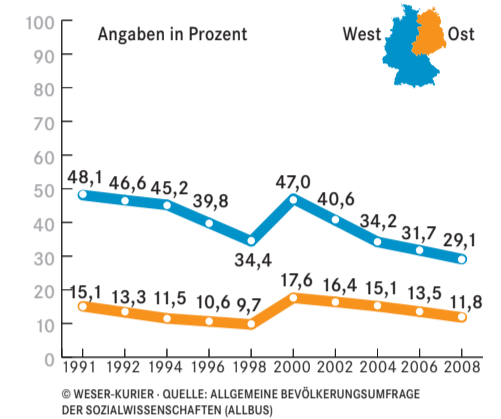
Nachdenklich stimmt eine Umfrage des Marktforschungsinstituts „YouGovPsychonomics“ in Köln, wonach auch heute noch etwa 60 Prozent der Ostdeutschen (35 Jahre und älter) das Leben in der DDR als gerechter empfinden als das heutige.

Die ALLBUS-Erhebung (Grafik 2) zeigt außerdem: Die Menschen beantworten die Frage, ob es in Deutschland insgesamt im



Für Justitia bleibt noch viel zu tun. Das Niveau erlebter Gerechtigkeit im Osten Deutschlands ist weiterhin niedrig, die Lücke zwischen Ost und West dagegen weiterhin groß. FOTO: HANS-HENNING HASSELBERG

2 Anteil der Deutschen, die die sozialen Unterschiede im Land im Großen und Ganzen als gerecht empfinden



Großen und Ganzen gerecht zugeht, mehrheitlich mit Nein – auch die Westdeutschen. Auffällig dabei: Seit dem Jahr 2000 sinken die Zustimmungswerte deutlich, sowohl im Westen (von 47 auf 29,1 Prozent in 2008) als auch im Osten (von 17,6 auf 11,8 Prozent). Die Gründe für das insgesamt hohe Maß an wahrgenommener Ungerechtigkeit liegen, so Thorsten Faas, gerade auch in der angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt. „Die Menschen haben ein Gespür dafür, ob es gerecht zugeht oder nicht. Dieses Gespür muss man sehr ernst nehmen“, sagt der Politikwissenschaftler.

Gleichzeitig verweist er auf die Unterschiede zwischen Ost und West bei der Definition von Gerechtigkeit. Während gerade ältere Ostdeutsche ihr Ideal von Gerechtigkeit darin sehen, dass jeder in etwa das gleiche bekommt, gilt für Westdeutsche weniger der Gleichheits-, sondern der Leistungsgedanke. Wer viel leistet, darf auch mehr Ansprüche stellen. „Es ist im Westen viel stärker akzeptiert, dass es Unterschiede in der Höhe des Einkommens und des Wohlstands gibt“, sagt Faas. Gewisse soziale Unterschiede seien im Westen einfach akzeptierter als im Osten – Ausdruck der einst so unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Systeme.

Suche nach Verantwortlichen

Und wer ist schuld an dieser Gerechtigkeitslücke? Welche Verantwortlichen benennen die Menschen? Thorsten Faas verweist auf ein immer wiederkehrendes Muster: „Menschen, denen es schlecht geht, zeigen auf andere. Sie selbst sind nie schuld. Für eine positive Entwicklung sehen sie dagegen die Ursachen bei sich persönlich.“ Auch 20 Jahre nach der deutschen Einheit neigen Ostdeutsche in stärkerem Maße als Westdeutsche dazu, Staat und Politik für Ungerechtigkeiten und eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation in die Verantwortung zu nehmen. Der Ruf nach einem starken Staat ist im Osten lauter als im Westen.

Die Politik, so Faas, hat schon Konsequenzen gezogen. Der Begriff Gerechtigkeit ist in ihrem Vokabular seltener als früher zu finden. Ein Beispiel: „Die SPD spricht ganz bewusst lieber von Fairness als von Gerechtigkeit. Fairer Lohn, faire Arbeit – diese Forderungen sind nicht so von Erwartungen belastet und viel leichter zu erfüllen, als das Ideal Gerechtigkeit.“



Zur Person
Thorsten Faas ist Juniorprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Mannheim. Regelmäßig analysiert er Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Deutschland 20 Jahre nach der Einheit.